

Ansätze
Erfahrungen
Fallstricke

DIE NUTZUNG VON OFFENEN DATEN IN DER ANTIDISKRIMINIE- RUNGSARBEIT

ufuq.de

S. 3

Vorwort

S. 4–5

1. Hintergrund

Offene Daten und zivilgesellschaftliches Engagement

S. 6

2. Handlungsfelder

Offene Daten in lokalpolitischen Entscheidungsprozessen

S. 7–8

3. Handlungsfelder

Offene Daten in der Antidiskriminierungsarbeit

S. 9–10

4. Handlungsfelder

Offene Daten im Bildungsbereich

S. 11

5. Zum Weiterlesen

Literatur und Materialien
Projektliste

Vorwort

Welche Chancen bieten offene Daten in der Antidiskriminierungsarbeit? Wie lassen sie sich in der politischen Bildung nutzen? Welche Herausforderungen stellen sich in der Datennutzung und welche Kompetenzen braucht es, um sich mündig im digitalen Raum zu bewegen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt eines Fachaustausches, der von *ufuq.de* am 12. Oktober 2017 in Berlin organisiert wurde. Diese Handreichung, die von *ufuq.de* in Zusammenarbeit mit der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. erstellt wurde, dokumentiert die Ergebnisse dieses Fachtages.

Die kleine Runde von Expert_innen erarbeitete erste Überlegungen, wie sich offene Daten als Ressource in verschiedenen Bereichen der Antidiskriminierungsarbeit aufgreifen lassen. Dabei brachten wir Akteur_innen aus technik-affinen Organisationen, die offene Daten in ihrer Arbeit nutzen, mit Expert_innen aus sozialen und politischen Institutionen zusammen. Mit dabei waren unter anderem die gemeinnützige Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. mit ihrem Projekt Datensschule, das international arbeitende peer-to-peer Projekt IPFS sowie ein Vertreter der Stadt Moers, die als Vorreiter im Bereich der offenen Daten und Transparenz auf kommunaler Ebene gilt. Mit ihnen diskutierten Vertreter_innen des Berliner Registers gegen rassistische und rechtsextreme Vorfälle, vom Antidiskriminierungsbüro Sachsen, I-Päd und Hoaxmap, einem Projekt, das sich dem Aufdecken rassistischer Fake News widmet. Darüber hinaus brachten wissenschaftliche Expert_innen der Universität Münster und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Perspektiven in die Runde ein. Möglichkeiten und Fallstricke bei der Nutzung von offenen Daten kamen dabei zur Sprache.

In Deutschland werden offene Daten im wirtschaftlichen Bereich bereits stark genutzt. Für zivilgesellschaftliche Initiativen halten offene Daten jedoch noch viele Potenziale bereit. Zum Beispiel, um politische Anliegen stärker zu kommunizieren oder soziale Projekte in den digitalen Raum zu tragen. Der Austausch von Vertreter_innen aus der Open-Data-Community und Organisationen, die Betroffene von rassistischer, gender- und disability bezogener Diskriminierung beraten oder in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit aktiv sind, war für alle eine neue Erfahrung. Wir hoffen, mit dem Fachaustausch einen ersten Anstoß zu geben und die Zusammenarbeit auszubauen.

Die Veranstaltung wurde von *ufuq.de* im Rahmen des Projektes „Just and safer cities for all“ des European Forum for Urban Security (EFUS) organisiert. Das Projekt, an dem *ufuq.de* als Partner beteiligt war, wurde im Rahmen des *Rights, Equality and Citizenship Programme* der Europäischen Union gefördert.

ufuq.de



Förderhinweis/Disclaimer

Co-funded by the Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme of the European Union



This publication has been produced with the financial support of the Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme of the European Union. The contents of this publication are the sole responsibility of Ufuq e.V. and can in no way be taken to reflect the views of the European Commission.

1. Hintergrund

OFFENE DATEN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Die Verfügbarkeit frei zugänglicher Informationen wird für die heutige Wissensgesellschaft immer wichtiger, und auch die Zivilgesellschaft entdeckt die Chancen des Digitalen für sich. Um soziale Anliegen stärker in die Öffentlichkeit zu tragen oder Communities über neue Beteiligungskonzepte auf analogem und digitalem Weg zu vernetzen, gewinnen digitale Informationen immer stärker an Bedeutung. Die Bereitstellung frei verfügbarer, offener Daten beabsichtigt, Transparenz und Beteiligung als Leitlinien im Verhältnis zwischen Bürger_innen und Staat zu verankern. Aber was verbirgt sich hinter dem Begriff „offene Daten“ oder dem englischen Synonym „Open Data“ eigentlich?

Von geschlossenen zu offenen Daten

Texte, Musik, Videos, Bilder – beinahe jegliche Information lässt sich heute digital in Form von Daten speichern und kann in ganz unterschiedlichen Bereichen als offene Daten zur Verfügung gestellt werden. Wetter- und Geodaten sind ein beliebtes Beispiel. Aber auch die Trinkwasserqualität von Badeseen einer Kommune oder Echtzeitinformationen über den öffentlichen Nahverkehr können als freie, digitale Informationen angeboten werden. Wann Daten als offen gelten und wie sich ein größtmöglicher Zugang und Nutzen digitaler Informationen sichern lässt, hat die Open Knowledge Foundation beschrieben:

*„Digitale Daten und Inhalte sind dann offen, wenn sie von allen gleichermaßen frei genutzt, kombiniert und weiterverbreitet werden können – maximal eingeschränkt durch die Pflicht der Namensnennung und/oder der Weitergabe unter gleichen Bedingungen.“*¹

Ein uneingeschränkter Zugang zu Daten ist eine Grundvoraussetzung, damit diese als offen gelten können. Die freie Weiterverarbeitung und Verbreitung von Daten durch jede Person schützen vor dem Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und ermöglicht es, Informationen auf neue Weise zu kombinieren. Rechtlich wird dies zum Beispiel durch *Creative Commons* (CC) Lizenzen, wie etwa CC-0, CC-BY oder CC-BY-SA Modelle, sichergestellt.² Damit die Datenerstellung nachvollzogen werden kann, müssen offene Daten vollständig im Rohformat bereitgestellt werden.

Darüber hinaus sollen Daten sinnvoll strukturiert und für Menschen und Maschinen lesbar sein, um eine Einbindung in Softwareanwendungen mit möglichst geringem Aufwand zu gewährleisten. Sie müssen entgeltlos und in offenen Formaten vorliegen, um technische Abhängigkeiten und finanzielle Hürden zu vermeiden.

Der Nutzen von Projekten, die auf offenen Daten basieren, wird auch durch deren Aktualität bestimmt. Eine zeitnahe Bereitstellung offener, aktueller Daten ist daher entscheidend. Personenbezogene Daten sind explizit von offenen Daten ausgeschlossen.

Warum sind offene Daten wichtig?

Um Transparenz über politische Entscheidungen zu schaffen, ist der Zugang zu relevanten Informationen eine Grundvoraussetzung. Durch eine Offenmachung wird aus spezifischem, staatlichen Wissen öffentliches Wissen. Auf diese Weise kann die Zivilgesellschaft ihre gesellschaftliche Kontrollfunktion stärken, eine Rechenschaftspflicht vonseiten der politischen Entscheidungsträger einfordern und letztendlich demokratische Prozesse fördern. Es entsteht die Möglichkeit, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten und an öffentlichen Debatten informiert teilzunehmen. Offene Daten dienen also als Instrument, um die Beziehung zwischen Bürger_innen und staatlichen Einrichtungen transparenter und partizipativer zu gestalten.

Wie werden offene Daten genutzt?

Zivilgesellschaftliche Gruppen und Aktivist_innen können offene Daten auf unterschiedliche Weise für ihre sozialen Zwecke nutzen. Konkret können sie als Argumentationsgrundlage für Tätigkeitsberichte oder strategische Organisationsentscheidungen dienen. In der Kampagnenarbeit helfen sie unter anderem, komplexe Zusammenhänge durchschaubarer und differenzierter zu kommunizieren.

Das Projekt „Wo unsere Kinder lernen“ schulsanierung.tursics.de analysiert beispielsweise den Sanierungsbedarf von Schulen im Bezirk Berlin-Lichtenberg und stellt die einzelnen Posten grafisch auf einer Karte dar. Auf diese Weise werden die Finanzierungsprobleme Berlins in der Schulpolitik transparent gemacht und Eltern können sich beispielsweise über den Zustand der Schulgebäude in ihrem Bezirk informieren.

Auf OffenesParlament.de werden die Plenarprotokolle des Bundestages aus der vergangenen Legislaturperiode durchsuchbar gemacht. Interessierte können dadurch nachvollziehen, zu welchen Themen und wie häufig sich ein_e Abgeordnete_r aus ihrem Wahlkreis geäußert hat. Darüber hinaus können gesellschaftlich relevante Debatten wie zum Beispiel zur Ehe-für-alle oder zum VW-Abgas-Skandal recherchiert werden.

Um Feinstaubbelastungen messbarer zu machen, können sich Interessierte bei Luftdaten.info per Anleitung einen eigenen Feinstaubsensor bauen und so die Luftqualität ihrer Umgebung messen. Die lokal erhobenen Daten zur Feinstaubbelastung werden gesammelt und online in Echtzeit auf einer Karte visualisiert. Durch die aktive Beteiligung vieler entsteht in diesem Citizen Science Projekt eine kritische Masse, die das Problem der Luftverschmutzung in die Öffentlichkeit trägt.

1 Weiterführende Informationen zum Thema Offenheit und Informationen: www.opendefinition.org/od/2.0/de/ 2 Ausführlichere Informationen zu alternativen Lizenzmodellen finden sich hier: www.irights.info/artikel/im-lizenzbaumarkt-creative-commons-als-alternatives-modell/6866

Wo kann ich offene Daten finden?

Verwaltungen in Kommunen, auf Landes- und Bundesebene stellen offene Daten auf Online-Portalen zur Verfügung: zum Beispiel die Stadt Hamburg (Transparenzportal Hamburg, www.transparenz.hamburg.de), das Bundesland Nordrhein-Westfalen (www.open.nrw) oder auf Bundesebene GovData.de. Auf Europäischer Ebene finden sich offene Daten über die EU-Mitgliedstaaten auf Europeandataportal.eu. Daten zu den EU-Institutionen gibt es auf dem EU Open Data Portal (www.data.europa.eu).



2. Handlungsfelder

OFFENE DATEN IN LOKALPOLITISCHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN

Kommunen sind wichtige Orte für Meinungsbildung und Partizipation. Die Nutzung von offenen Daten (z. B. über Mietpreise, Lärmbelastung, Straftaten) bietet die Möglichkeit, Entwicklungen vor Ort sichtbar zu machen und zu analysieren und bildet die Grundlage für öffentliche Diskussionen und transparente kommunalpolitische Entscheidungen.

Stadtverwaltungen verfügen in der Regel über umfangreiche Datensätze, zum Beispiel Rechtsgutachten, Bebauungspläne oder statistische Erhebungen im Stadtgebiet, die auf eigene Initiative oder auf Anfrage von übergeordneten Behörden erhoben werden.

Kritiker_innen der Nutzung von offenen Daten verweisen auf einen möglichen Verlust von Kontrolle und Deutungshoheit über die Interpretation von Statistiken und betonen die Gefahr einer Instrumentalisierung in der politischen Debatte.

Die Stadt Moers ist eine von zahlreichen Kommunen, die sich dennoch bewusst für eine umfangreiche Veröffentlichung von kommunalen Daten entschieden hat. Ziel ist dabei eine größere Transparenz und stärkere Einbindung von Bürger_innen in Fragen, die sie im Alltag unmittelbar betreffen. Denn erst durch die Verfügbarkeit von Informationen entsteht die Möglichkeit, sachliche und damit fundierte Kritik an staatlichen Erhebungen zu üben. Öffentliche Diskussionen und Kontroversen über die Interpretation von Statistiken und die daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen sind dabei ausdrücklich gewollt. Sie bilden die Grundlage für eine wissensbasierte Auseinandersetzung und letztlich eine größere Identifikation mit lokalpolitischen Entscheidungen. Der Vorteil besteht aus dieser Sicht gerade darin, dass in einer solchen Debatte auf der Grundlage von frei zugänglichen Daten Sachargumente größeres Gewicht bekommen.

Empfehlungen

- Offene Daten fördern eine informierte Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen.
- Transparente Diskussionen und die Verfügbarkeit von Daten, aufgrund derer Entschlüsse gefasst werden, können die Identifikation und Anerkennung lokalpolitischer Entscheidungen stärken.
- Wie jede Information müssen auch offene Daten und Statistiken überprüft und reflektiert werden, da von einer Wertneutralität nicht automatisch ausgegangen werden kann.

Open-Data-Stadt Moers

Die Stadt Moers wurde im Mai 2017 zur Modellkommune Open Government gekürt. Die Stadt verfügt über eine Tradition der Bürger_innenbeteiligung und einem transparenten Umgang mit lokalen Daten. Zudem engagiert sich die Stadt in verschiedenen Bildungsprojekten (z. B. die Organisation eines Hackdays mit Jugendlichen), in denen lokale Erhebungen genutzt werden. Die Datensätze, die auf der Webseite offenesdatenportal.de dokumentiert werden, reichen von Informationen über E-Bike-Ladestationen über Ausleihstatistiken der Bibliothek bis zu Daten über die Lärmbelastung einzelner Straßen. Die Daten spielen in der kommunalpolitischen Diskussion eine wichtige Rolle und dienen als transparente Grundlage für politische Entscheidungen. Der Anstoß zu der Nutzung von offenen Daten kam aus der Stadtverwaltung und galt als Mittel, um eine stärkere Einbindung der Bürger_innen zu ermöglichen.

OFFENE DATEN IN DER ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT

In der Antidiskriminierungsarbeit spielt die Sichtbarmachung von Diskriminierungen und die Schaffung einer Öffentlichkeit eine zentrale Rolle. Dabei geht es um die anonymisierte Darstellung individueller Benachteiligungen oder Übergriffe, insbesondere aber auch um die Sicherbarmachung von strukturellen Diskriminierungen, die über individuelle Erfahrungen hinausgehen.

Wichtig dabei ist: Personenbezogene Daten sind grundsätzlich keine offenen Daten!

Informationen über Fälle von Diskriminierungen bieten eine Grundlage für die Bewertung von politischen Leitbildern (wie Barrierefreiheit, Geschlechtergerechtigkeit, „interkulturelle Öffnung“) und deren Umsetzung in der gesellschaftlichen Praxis. Für soziale und politische Organisationen, die sich gegen unterschiedliche Diskriminierungsformen wenden, ist der Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ ein wichtiges Mittel, um gesellschaftliche Missstände zu benennen und politische Forderungen zu formulieren. Daten erleichtern diese Sichtbarmachung von Diskriminierungen und deren strukturelle Hintergründe.

Mehr als ein Einzelfall

Im *American Journal of Sociology* erschienen 2016 die Ergebnisse einer quantitativen Studie von Joshua Legewie, der 3.9 Millionen Polizeikontrollen ausgewertet hat. Er wies nach, dass nach Gewaltvorfällen zwischen Afroamerikaner_innen und Polizist_innen die Zahl von gewalttätigen Polizeikontrollen an Schwarzen substantiell zunimmt (um 16 % bzw. um 13 % in den 2 Folgetagen nach dem Vorfall). Nach Gewaltvorfällen zwischen Weißen und Polizist_innen war ein solcher Anstieg von Polizeigewalt nicht zu beobachten. Dieser Zusammenhang konnte erst durch die Auswertung einer größeren Fallzahl belegt werden.

So wurde mit der Kampagne „Frag das Jobcenter“ über die Plattform FragdenStaat eine Aktion gestartet, um Diskriminierungen gegenüber Arbeitssuchenden durch Jobcenter entgegenzutreten. Auf der Plattform lassen sich Onlineanfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IfG) an Behörden stellen. In der Kampagne wurde deutschlandweit nach den internen Weisungen der jeweiligen Jobcenter gefragt, die sich von Kommune zu Kommune unterscheiden. Diese sind häufig nicht öffentlich, enthalten aber wichtige Informationen für Arbeitssuchende. Zum Beispiel, welche Transportmittel bei der Anfahrt für ein Bewerbungsgespräch später abgerechnet werden können oder wann Sanktionen ausgeübt werden dürfen. Die Nicht-Öffentlichkeit dieser Dokumente erschwert es Arbeitssuchenden, ihre Rechte wahrzunehmen. Durch die Anfragen werden die internen Weisungen öffentlich gemacht, so dass die Öffentlichkeit und Betroffene ihre Rechte besser einfordern können. Ein weiteres Beispiel ist die Wheelmap. Hier werden offene Daten zu barrierefreien Zugängen gesammelt, um Diskriminierungen sichtbar zu machen und zugleich darauf hinzuweisen, wo Veränderungen notwendig sind.

In der Praxis lässt sich die Sammlung und Dokumentation von Diskriminierungen vielfach mit der Beratung und Unterstützung von Betroffenen verbinden. So bieten Beratungsstellen Betroffenen die Möglichkeit, Erfahrungen von Diskriminierungen in anonymer Form zu dokumentieren und einer weiteren Öffentlichkeit als Problem bewusst zu machen, können aber zugleich auf Hilfsstrukturen verweisen und individuelle Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Denkbar sind sowohl quantitative als auch qualitative Dokumentationen, wobei eigens erhobene, zivilgesellschaftliche Sammlungen offener Daten nicht zwangsläufig den Anspruch auf Repräsentativität und Vollständigkeit erheben. Im Mittelpunkt steht hier vielmehr die Schaffung einer Öffentlichkeit und ein Empowerment der Betroffenen. Dies beinhaltet vielfach auch die bewusste Entscheidung für eine Dokumentation subjektiver Schilderungen, die nicht notwendigerweise durch weitere Quellen belegt sind. Hier steht die Meldung und das Berichten selbst für einen Akt der Selbstermächtigung durch das Sichtbarmachen der Diskriminierungserfahrung.

Für die Entwicklung politischer Forderungen kann sich eine Verbindung von beschreibenden Falldarstellungen mit quantitativen Dokumentationen als sinnvoll erweisen, um die Bedeutung der beschriebenen Fälle über den Einzelfall hinaus herauszustellen.

Grundsätzlich erleichtert die unmittelbare Einbindung von Betroffenen in die Sammlung und Dokumentation von Diskriminierungsfällen eine detailliertere Problembeschreibung und -auswertung. So verbinden sich beispielsweise bereits mit der Diskussion um die Frage, was genau einen Fall ausmacht, oder mit den erforderlichen Informationen zum Kontext wichtige Ergebnisse, die in politische Forderungen und die Entwicklung von Handlungsoptionen einfließen können.

Vor diesem Hintergrund sind die Berliner Registerstellen bewusst bei zivilgesellschaftlichen Trägern angesiedelt, die die Meldungen in persönlichen Gesprächen erfassen. Die Träger zeichnen sich dabei durch einen direkten Zugang zu potentiellen Betroffenen aus. Diese Anbindung an Träger ist auch ein Schutz gegen Repressalien, wenn in den Meldungen diskriminierende Personen oder Institutionen benannt werden.

Das Register zur Erfassung rechts-extremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin

Das Register Berlin bietet Menschen, die von diskriminierenden Vorfällen betroffen sind, die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu schildern und auf einer Webseite zu dokumentieren. Ziel ist es dabei, die Verbreitung entsprechender Erfahrungen sichtbar zu machen und Handlungsnotwendigkeiten aufzuzeigen. So dienen die Veröffentlichungen des Registers auch dazu, politische Forderungen auf der Grundlage von Daten zu untermauern. Die Meldung der Fälle erfolgt ausschließlich persönlich in Beratungsstellen, die von freien Trägern betrieben werden und sich an dem Register beteiligen. Als freie Träger verfügen die Beratungsstellen über einen guten und niedrigschweligen Zugang und erleichtern es Betroffenen, das Angebot wahrzunehmen. Zugleich lässt sich das Gespräch mit einer persönlichen Beratung verbinden, in der konkrete rechtliche und praktische Hilfestellungen geleistet werden können.

Empfehlungen

- Offene Daten können individuelle Diskriminierungen in anonymer Form (!) sichtbar machen und leisten einen Beitrag zum Empowerment von Betroffenen.
- Offene Daten zeigen mögliche Strukturen und Zusammenhänge von Diskriminierungen auf und erleichtern damit die Entwicklung von Handlungsoptionen sowie die Formulierung von politischen Forderungen.

Antidiskriminierungsbüro Sachsen

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen berät Menschen mit Diskriminierungserfahrungen aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Lebensalters oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminierung. Als unabhängige Einrichtung stellt sich das Büro ausdrücklich auf die Seite der Betroffenen und berät sie dabei, ihre Rechte durchzusetzen. Dazu gehört auch das Ziel, für unterschiedliche Diskriminierungsformen in Schule, Beruf oder auf dem Wohnungsmarkt zu sensibilisieren und eine „Alltagskultur der Nicht-Diskriminierung durch Anerkennung und Handlungswissen zu stärken“. Mit diesem Ziel bietet das Antidiskriminierungsbüro die Möglichkeit, Diskriminierungen anonym zu melden. Die Fälle werden exemplarisch dokumentiert und dienen als Grundlage, um auf die Alltäglichkeit von Diskriminierungserfahrungen hinzuweisen.

4. Handlungsfelder

OFFENE DATEN IM BILDUNGSBEREICH

Lebensweltbezüge spielen in der politischen Bildung eine zentrale Rolle. Sie erleichtern den Einstieg in Gespräche über Politik und Gesellschaft und bieten die Möglichkeit, konkrete Handlungsoptionen für den eigenen Alltag zu entwickeln. Offene Daten über Entwicklungen und Strukturen im eigenen lokalen Umfeld bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Bildungsarbeit und lassen sich in verschiedenen Unterrichtsfächern nutzen. Die Beschäftigung mit offenen Daten fördert Partizipation und Engagement und stärkt Identität und Repräsentation vor Ort.

Gleichzeitig braucht es erweiterte Kompetenzen, damit sich sowohl Jugendliche als auch Erwachsene mündig im digitalen Raum bewegen und Daten aktiv nutzen können. Das Stichwort *data-literacy* bezeichnet die Fähigkeit, selbstbestimmt mit Daten umzugehen und sie für spezielle Zwecke zielgerichtet einzusetzen. Dies beinhaltet beispielsweise die Fähigkeiten, Daten im Netz effektiv zu recherchieren, sich analytisch mit ihnen auseinanderzusetzen und Daten informativ visualisieren und in größere Kontexte einbetten zu können.

Dabei können Statistiken auch hinsichtlich ihrer Datenerhebung wichtige Fragen aufwerfen, mit denen sich Kompetenzen eines kritischen Umgangs mit Quellen – ähnliche wie im Umgang mit historischen oder politischen Texten – fördern lassen.

Datenschule

Die **Datenschule** ist ein Bildungsprogramm zu Daten und Technologien, das sich an gemeinnützige Organisationen richtet. Sie ermutigt Aktivist_innen, Engagierte und Projektteams dazu, die Chancen der Digitalisierung für sich zu entdecken und öffentliche Debatten durch digitale Projekte evidenz-basiert mitzugestalten. In Workshops und Trainings vermittelt sie die nötigen Fähigkeiten, um Daten zielgerichtet für soziale Anliegen zu nutzen.

Denn Daten und Informationen sind nie „neutral“, wie sich beispielsweise an Diskussionen um Schulstatistiken verdeutlichen lässt. So finden sich in öffentlich zugänglichen Schulstatistiken in NRW u. a. Daten zu „türkischen Schülerinnen und Schülern“ – wobei unklar bleibt, ob es dabei um einen türkischen Migrationshintergrund oder um Staatsbürgerschaft geht. Auch lässt sich an einer solchen Statistik die Frage stellen, warum gerade „türkische“ Schüler_innen erhoben werden, aber beispielsweise nicht französische oder polnische. Eine quellenkritische Nutzung von Informationen beinhaltet insofern auch die Frage nach den Interessen und den Definitionen und Kategorisierungen von Personen, die mit bestimmten Datenerhebungen verbunden sind – und mit den Wirkungen, die mit einer solchen Erhebung einhergehen können: Wer bestimmt, welche Informationen nach welchen Kriterien ausgewählt und erhoben werden? Mit welchem Ziel? Und welche Wirkungen können diese Kriterien haben?

Darüber hinaus bieten gerade Informationen über Diskriminierungen und strukturelle Benachteiligungen, wie sie zum Beispiel im Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aufgeführt werden, im Unterricht die Möglichkeit, Alltagserfahrungen zu reflektieren und mit der Entwicklung von Handlungsoptionen zu verknüpfen. So eignen sich anonymisierte und aggregierte Informationen wie jene der Registerstellen oder der Webseite hoaxmap.de, auf der Gerüchte über Geflüchtete dokumentiert und in ihrer räumlichen Verbreitung visualisiert werden, dazu, die Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen im Alltag sichtbar zu machen und zugleich Fragen nach den Ursachen und Hintergründen aufzuwerfen.

Im Idealfall lässt sich dies mit der selbständigen Recherche nach Datensätzen verbinden, die von Behörden oder zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Denkbar ist dabei auch im Unterricht zu überlegen, welche weiteren Statistiken notwendig wären, um bestimmten Phänomenen im eigenen Umfeld nachzugehen. Praktisch können neben der Besprechung des Themas Informationsfreiheit im Unterricht auch Anfragen an Stadtverwaltung oder Antidiskriminierungsstellen formuliert werden. Das Themenblatt „Informationsfreiheit im Unterricht“ der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt konkrete Übungsformate für den Unterricht.³

³ Themenblätter im Unterricht/Nr.117: Informationsfreiheit: www.bpb.de/system/.../5598_tb117_informationsfreiheit_171113_online.pdf

Empfehlungen

- Offene Daten, die lokal erhoben werden, können im Unterricht einen praktischen Bezug zur eigenen Lebensumwelt herstellen.
- In der Auseinandersetzung mit offenen Daten lassen sich medienpädagogische mit politisch-bildnerischen Ansätzen verbinden.
- Offene Daten sind eine gute Grundlage, um Methoden-, Urteils- und Handlungskompetenzen zu fördern.

Demokratielabore

Die Demokratielabore sind ein bundesweites Projekt zur Stärkung von Selbstwirksamkeitserlebnissen von Jugendlichen durch den Einsatz von Technologie. Das Projekt will die Grundidee des preisgekrönten Förderprogramms Jugend hackt, das Jugendliche zum Einsatz ihrer technischen Fähigkeiten für die Demokratie befähigt, für breitere Zielgruppen erschließen.

„Neues aus der Gerüchteküche“ HOAXmap.de

HOAXmap ist eine Initiative, die sich der Dokumentation und Entlarvung von Gerüchten über Geflüchtete zum Ziel gesetzt hat. Auf der Webseite werden diese Gerüchte auf einer Karte lokalisiert und kurz zusammengefasst. Zudem finden sich auf der Karte Informationen, die die Gerüchte widerlegen. Mittlerweile sind hier fast 500 Gerüchte dokumentiert und widerlegt, die in den vergangenen zwei Jahren verbreitet wurden. Die Dokumentation vermittelt einen Einblick in zentrale Themen von Rassismus und Rechtspopulismus und sensibilisiert für die Wirkung von Gerüchten in Sozialen Medien und deren Funktion in Ideologien der Ungleichwertigkeit.

5. Zum Weiterlesen

Literatur und Materialien

Beigang, S./Fetz, K./Kalkum, D./Otto, M. (2017): *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland. Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung*. Berlin: Antidiskriminierungsstelle des Bundes.
www.antidiskriminierungsstelle.de

Bundeszentrale für politische Bildung, Themenblätter im Unterricht/Nr.117: *Informationsfreiheit*. Bonn.
www.bpb.de/system/.../5598_tb117_informationsfreiheit_171113_online.pdf

Dietrich, D. (2011): *Was sind offene Daten? Dossier: Open Data*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
www.bpb.de/gesellschaft/medien/opendata/64055/was-sind-offene-daten?p=all

Hahn, H. (2016): *Kooperativ in die digitale Zeit – wie öffentliche Kulturinstitutionen Cultural Commons fördern. Eine Einführung in offene Kulturdaten*.
www.opus4.kobv.de/opus4-zib/frontdoor/index/index/docId/5913

Herzog D. (2015): *Data Literacy a User's Guide*. Sage Publishing. London.

I-Päd (2015): *Intersektionale Pädagogik. Handreichung für Sozialarbeiter_innen, Erzieher_innen, Lehrkräfte und die, dies noch werden wollen*. Berlin.
www.www.i-paed-berlin.de/de/Downloads/#broschre

Semsrott, A. (2016). *Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie*. Arbeitspapier 23 der Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main.
www.www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AP23_iFG_Semsrott.pdf

The Engine Room (2016). *Handbook of the modern development specialist*.
www.responsibledata.io/resources/handbook/assets/pdf/responsible-data-handbook.pdf

The Sunlight Foundation: *Open Data Policy Guidelines*.
www.sunlightfoundation.com/opendataguidelines

Projektliste

Antidiskriminierungs-Büro Sachsen
www.adb-sachsen.de

Berliner Register
www.berliner-register.de

BildungsBausteine – Materialien für die rassismuskritische Bildungsarbeit
www.bildungsbausteine.org

Broken lifts org
www.brokenlifts.org

Datenschule
www.datenschule.de

FragdenStaat – Portal für Informationsfreiheit und Transparenz
www.fragdenstaat.de

Gladt e.V.
www.gladt.de

Hoaxmap.org
www.hoaxmap.org

I-Päd
www.i-paed-berlin.de

Luftdaten.info – Luftdaten selber messen
luftdaten.info

Lobbyfacts.eu – Daten zum Lobbyismus in EU Institutionen
lobbyfacts.eu

München-Chronik. Auflistung rechter und diskriminierender Vorfälle und Aktivitäten
www.muenchen-chronik.de

OffenerHaushalt
www.offenerhaushalt.de

OffenesParlament.de
www.offenesparlament.de

Reach Out Berlin
www.reachoutberlin.de

Wo unsere Kinder lernen
www.schulsanierung.tursics.de

Wheelmap.org – Rollstuhlgerechte Orte finden
<https://wheelmap.org>

Impressum

Herausgeber ufuq.de – Jugendkulturen, Islam & politische Bildung, Boppstraße 7, 10967 Berlin
V.i.s.d.P. Dr. Götz Nordbruch
Redaktion Mariam Puvogel, Moritz Neujeffski, Götz Nordbruch
Gestaltung agnes stein berlin, www.agnes-stein.de
Fotos © ufuq.de (2017)

ufuq.de

Jugendkulturen, Islam

& politische Bildung

Tel. 030/98 34 10 51

info@ufuq.de

www.twitter.com/ufuq_de

www.facebook.com/ufuq.de